

Energiewirtschaft im Umbau

Die Atomkonzerne setzen jetzt auf Personalabbau und Erneuerbare Energien

Nach der Fukushima-Katastrophe, der Stilllegung von acht Atomkraftwerken und der Befristung des Betriebs der verbleibenden neun Reaktoren kommt der Umbau der Energiewirtschaft richtig in Bewegung. Vor allem für die vier Atomkonzerne stellt der Weg hin zu dezentralen Erneuerbaren Energien einen gravierenden Wandel dar. Aber auch für die anderen Akteure gibt es viele Herausforderungen. Das sind nicht nur technische und wirtschaftliche. Auch soziale und demokratische Frage werden dringlicher. Jahrelang haben die Vorstände von Vattenfall, E.on und Co an den zentralistischen Energiestrukturen festgehalten. Mit Erzeugungskapazitäten von über 80 Prozent kontrollierten sie den deutschen Strommarkt. Der extreme Kurswechsel vom Ausstieg aus dem Ausstieg (Laufzeitverlängerung) und dann der Schwenk nach Fukushima, aber auch Fehlinvestitionen und Finanzkrise, haben die Unternehmen in die Krise gebracht.

Auswege suchen die Vorstände auf zwei Wegen: Einerseits sind sie jetzt dabei, ihren Anteil an Erneuerbaren Energien deutlich auszuweiten. Investitionen z.B. in Offshore-Windanlagen, die durch das neue EEG besonders gefördert werden (siehe nebenstehenden Artikel), werden intensiv ausgebaut. Auf der anderen Seite werden die Konzernstrukturen umgebaut. Das bekommt vor allem das Personal deutlich zu spüren.

E.on will von seinen weltweit 75.000 Angestellten 11.000 entlassen, allein 6.000 in Deutschland. RWE hat einen sozialverträglichen Abbau von Arbeitsplätzen angekündigt. In einem ersten Schritt sollen bei Vattenfall nun zunächst 1.500 Leute entweder gravierende Gehaltskürzungen in Kauf nehmen oder, so die Drohung, sie werden verkauft. Bei Vattenfall kann es noch härter kommen: In den letzten Monaten hat sich Vattenfall aus zahlreichen Ländern zurückgezogen,

da sich das Investment nicht mehr lohnt. Rückzug auf das Kerngeschäft nennt sich das schönfärberisch. Anfang des Winters 2011 war sogar die Rede davon, gegebenenfalls in Deutschland auch Kohlekraftwerke zu verkaufen. Insider spekulieren darüber, dass sich Vattenfall möglicherweise vollständig aus Deutschland zurückziehen könnte.

Das sich die Gewerkschaften angesichts dieses massiven Stellenabbaus vor die KollegInnen stellen, ist nachvollziehbar. Wie perspektivlos das zum Teil geschieht, allerdings nicht. In Hamburg strebt das Bündnis „Unser Hamburg – unser Netz“ die vollständige Rekommunalisierung der Energienetze für Strom, Gas und Fernwärme an. Der SPD-geführte Senat will lediglich eine Minderheitsbeteiligung von 25,1 Prozent übernehmen und die Netze mit E.on Hanse und Vattenfall auch in Zukunft betreiben. Anstatt die Chancen für die bei Vattenfall ohnehin bedrohten Arbeitsplätze und für bessere Arbeitsbedingungen durch eine vollständige Rekommunalisierung und eine kommunal gestützte Energiewende auszuloten, verweigert die IG Metall Hamburg schlicht Informationsgespräche mit Umweltorganisationen.

Stadtwerke auf Zukunftskurs

Sozial betrachtet ist die Branche der Erneuerbaren Energien ohne Frage „schwierig“. Trotz großer Gewinne, sind die Löhne nicht mit den Bedingungen der alten Energiewirtschaft vergleichbar und Tarifverträge fehlen völlig. Wirtschaftlich stellt sich immer mehr die Frage, wie die bisher rasante Entwicklung von Arbeitsplätzen weitergeht. Schon heute drängen vor allem chinesische Solar-Hersteller nicht nur auf den deutschen Markt. Auch im Windbereich könnten Anlagenhersteller aus China in den nächsten Jahren die technologischen



Foto: Thorsten Kleintelch

Bürgersolaranlagen, wie hier in Eberswalde, garantieren direkte Mitbestimmung bei der Energiewende

Vorsprünge deutscher Hersteller einholen und damit erhebliche Zugewinne auf den Weltmärkten erzielen. Damit könnte der Jobmotor Erneuerbare Energien ins Stocken geraten.

Für die Stadtwerke stellt dieser Wandel eine Verstärkung ihrer bisherigen Lage da. Schon in den letzten Jahren hatten diese ehemals tot gesagten, oft kommunalen Akteure, sich neu positioniert. Mit Investitionen in Erneuerbare Energien machten sie auf sich aufmerksam. Während die großen Vier mit ihrem harten Kurs auf Atom und Kohle immer mehr an Image einbüßten, konnten die Stadtwerke gewinnen.

Die Energiewende stellt aber auch immer mehr Fragen nach ihrer Umweltverträglichkeit und auch nach mehr Mitbestimmung für die BürgerInnen. Der jetzt immer ungehemmtere Ausbau von Windparks im Bereich des Wattenmeers oder die Folgen von Biogasanlagen in der Landwirtschaft (Maisanbau) sind nur zwei dieser Folgen, die Fragen zur Umweltverträglichkeit der Energiewende aufwerfen! Der landseitige Ausbau der Windenergie stößt aber auch in vielen Kommunen zunehmend auf Widerstand, der erforderliche Netzausbau ebenso. Umfassende neue Konzepte, die den BürgerInnen mehr Beteiligung und mehr Mitbestimmung einräumen, sind dringend notwendig.

*Dirk Seifert, Energiereferent, Hamburg,
15.1.12, energie@robinwood.de*